

Deutschlands Appell an die Welt

„Deutschland hat abgerüstet — es hat damit Anspruch darauf, daß auch die anderen abrüsten“

Reichstag einmütig hinter Hitler

Berlin, 18. Mai.

Der Reichstag stand am Mittwoch ganz im Banne der großen Rede, in der Reichskanzler Hitler die Stellung Deutschlands zu den Problemen der Abrüstungskonferenz darlegte. In dieser Rede, die die einmütige Zustimmung des Reichstages fand, führte der Kanzler aus:

„Abgeordnete, Männer und Frauen des Deutschen Reiches! Namens der Reichsregierung habe ich den Reichstagspräsidenten Göring gebeten, den Deutschen Reichstag einzuberufen, um vor diesem Forum zu den Fragen Stellung zu nehmen, die heute nicht nur unser Volk sondern die ganze Welt bewegen. Die Ihnen bekannten Probleme sind von so großer Bedeutung, daß von ihrer glücklichen Lösung nicht nur die politische Befriedung, sondern auch die wirtschaftliche Rettung aller abhängt. Wenn ich dabei für die deutsche Regierung dem Wunsch Ausdruck gebe:

Ihre Behandlung der Sphäre jener Leidenschaftlichkeit zu entziehen,

dann geschieht es nicht zum geringsten in der uns alle beherrschenden Erkenntnis, daß die Krise der heutigen Zeit ihren tiefsten Ursprung selbst jenen Leidenschaften zu verdanken hat, die nach dem Kriege die Einsicht und die Klugheit der Völker verdrängt haben.

Denn alle die Krisen verursachenden Probleme liegen in den Mängeln des Friedensvertrages begründet, der es nicht vermochte, die wichtigsten und entscheidendsten Fragen für alle Zukunft überlegen, klar und vernünftig zu lösen, weder die nationalen noch die wirtschaftlichen oder gar die rechtlichen Angelegenheiten und Forderungen der Völker sind durch diesen Vertrag in einer Weise gelöst worden, daß sie vor der Kritik der Vernunft für alle Zeiten bestehen könnten.

Es ist daher verständlich, daß der

Gedanke einer Revision

nicht nur zu den dauernden Begleitererscheinungen und Auswüchsen dieses Vertrages gehört, sondern daß eine Revision sogar von seinen Verfassern als notwendig vorgesehen wurde und daher im Vertrage selbst ihre rechtliche Verankerung fand.

Wenn ich kurz auf die Probleme, die dieser Vertrag hätte lösen sollen, eingehe, dann geschieht es deshalb, weil durch das Festhalten auf diesem Gebiete sich unangenehm die späteren Situationen ergeben haben, unter denen die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der Völker seitdem leiden.

Der Gedanke der Reparationen und ihrer Durchführung wird einmal in der Völkergeschichte ein Schulbeispiel dafür sein, wie sehr die Außerachtlassung der internationalen Wohlfahrt selbst schädlich sein kann. (Zustimmung.)

Tatsächlich konnten die Reparationen nur vom deutschen Export bezahlt werden. Im gleichen Ausmaß wie Deutschland wegen der Reparationen als internationales Exportunternehmen betrachtet wurde, mußte aber der Export der Gläubigerstaaten leiden. Der wirtschaftliche Nutzen der Reparationszahlungen konnte daher in keinem Verhältnis zu dem Schaden stehen, der den Einzelvölkern mit den Reparationen zugefügt wurde (Sehr richtig!) Der Versuch, eine solche Entlastung dadurch abzuwenden, daß eine Beschränkung des deutschen Exports durch Kreditgewährungen zur Ermöglichung der Zahlungen ausgedacht wurde, war wenig umfänglich und im Ergebnis falsch. Denn die Umkehrung der politischen in private Verpflichtungen führte zu einem Zinsendienst, dessen Erfüllung zu denselben Ergebnissen führen mußte. Das Schlimmste aber war, daß die Entwicklung des binnenwirtschaftlichen Lebens künstlich gehemmt und verlangsamt wurde. Der

Kampf auf den Weltabfuhrmärkten

durch dauernde Preisüberbietungen führte zu einer Heberhöhung der Nationalisierungsmassnahmen in der Wirtschaft. Die Millionen unserer Arbeitslosen sind das letzte Ergebnis dieser Entwicklung. Würde man aber die Reparationsverpflichtungen auf Sachlieferungen beschränken, dann müßte dies zu einer nicht minder großen Schädigung der Binnenwirtschaft der also begünstigten Völker führen. Denn Sachlieferungen in dem in Frage kommenden Umfange sind nicht denkbar, ohne den Bestand der eigenen Produktion der Völker auf das stärkste zu gefährden.

Es ist die Schuld des Versailler Vertrages, eine Zeit eingeleitet zu haben, in der finanzielle Notwendigkeit die wirtschaftliche Vernunft umzubringen scheint. (Beifall.)

Deutschland hat diese ihm auferlegten Verpflichtungen trotz der ihnen innewohnenden Unvernunft und der vorauszu sehenden Folgen geradezu selbstmörderisch treu erfüllt. Die internationale Wirtschaftskrise ist der unumstößliche Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung.

Der Gedanke der Wiederherstellung eines allgemeinen internationalen Rechtsempfindens ist durch den Versailler Vertrag nicht minder vernichtet worden. Denn um die gesamten Maßnahmen dieses Vertrages zu motivieren, mußte Deutschland zum Schuldigen gestempelt werden. Dies ist ein ebenso einfaches wie allerdings unmögliches Verfahren. In Zukunft wird also die Schuld an Auseinandersetzungen immer der Besiegte tragen, denn der Sieger hat ja immer die Möglichkeit, diese feststellung einfach zu treffen. (Lebhafte Zustimmung.) Dieser Vorgang führte deshalb zu furchtbaren Bedenken, weil er damit zugleich eine Begründung gab für die Umwandlung eines am Ende dieses Krieges vorhandenen Kräfteverhältnisses in eine dauernde Rechtsform. Die Begriffe Sieger und Besiegte wurden damit förmlich zum Fundament einer neuen internationalen Rechts- und Gesellschaftsordnung gemacht. Die

Disqualifizierung eines großen Volkes

zu einer Nation zweiten Ranges und zweiter Klasse wurde in einem Augenblick proklamiert, in dem ein Hund der Nationen aus der Laufe gehoben werden sollte (Zustimmung.) Diese Behandlung Deutschlands konnte in der Folge nicht zu einer Befriedung der Welt führen. Die damit für nötig erachtete Abrüstung und Wehrlosmachung der Besiegten, ein in der Geschichte der europäischen Nationen unerhörtes Vorgehen, war noch weniger geeignet, die allgemeinen Gefahren und Konflikte zu vermindern, sondern führte nur in den Zustand jener ewigen Drabbanen, Forderungen und Sanktionen, die als fortwauernde



Unruhe und Unsicherheit zum Grunde der gesamten Weltwirtschaft zu werden drohen (Beifall). Wenn im Völkerverband jede Ueberlegung hinsichtlich des Risikos bei bestimmten Handlungen ausfällt, wird nur zu leicht die Unvernunft über die Vernunft liegen.

Der Völkerverband hat zum mindesten bisher gerade den Schwachen, Mindergeräten, bei solchen Anlässen keine merkliche Hilfe zuzufinden zu lassen vermocht (erneute Zustimmung.)

Verträge, die zur Befriedung des Lebens der Völker untereinander abgeschlossen werden, haben nur dann einen inneren Sinn, wenn sie von einer wirklichen und aufrichtigen Gleichberechtigung aller ausgehen. Gerade darin liegt die Hauptursache der seit Jahren die Welt beherrschenden Gärung. Daß aber die heute vorliegenden Probleme eine vernünftige und endgültige Lösung erfordern, liegt im Interesse aller. Kein neuer europäischer Krieg wäre in der Lage, an Stelle der unbefriedigenden Zustände von heute etwa bessere zu setzen. Im Gegenteil, weder politisch noch wirtschaftlich könnte die Anwendung irgend welcher Gewalt in Europa eine günstigere Situation hervorzurufen, als sie heute besteht. Selbst bei ausschlaggebendem Erfolg einer neuen europäischen Gewaltlösung würde als Endergebnis eine Vergrößerung der Störung des europäischen Gleichgewichts eintreten und damit so oder so der Keim für spätere neue Gegensätze und neue Verwicklungen gelegt werden. (Stürmischer Beifall.) Neue Kriege, neue Opfer, neue Unsicherheit und eine neue Wirtschaftskrise würden die Folge sein. Der Ausbruch eines solchen Wahnsinns ohne Ende aber müßte zum Zusammenbruch der heutigen Gesellschafts- und Staatenordnung führen. Ein in kommunistischem Chaos verfallendes Europa würde eine Krise von unbeschreiblichem Ausmaß und nicht abzuschätzender Dauer heraufbeschwören.

Es ist der tiefste Wunsch der nationalen Regierung des Deutschen Reiches, eine solche unriedliche Entwicklung durch ihre aufrichtige und tätige Mitarbeit zu verhindern.

Das ist auch der innere Sinn der in Deutschland vollzogenen Umwälzung. Die drei Gesichtspunkte, die unsere Revolution beherrschten, widersprechen in keiner Weise den Interessen der übrigen Welt:

Erstens Verhinderung des drohenden kommunistischen Umsturzes und Aufbau eines die verschiedenen Interessen der Klassen und Stände einigenden Volkstaates und die Erhaltung des Begriffes Eigentum als Grundlage unserer Kultur.

Zweitens Lösung des schwersten sozialen Problems durch die Zurückführung der Millionenarmee unserer bedauernswerten Arbeitlosen in die Produktion.

Drittens Wiederherstellung einer stabilen und autoritären Staatsführung, getragen von dem Vertrauen und Willen der Nation, die dieses große Volk endlich wieder der Welt gegenüber vertragstüchtig macht. (Lebh. Beif.)

Wenn ich in diesem Augenblick bewußt als deutscher Nationalsozialist spreche, so möchte ich namens der nationalen Regierung und der gesamten Nationalerhebung betonen, daß gerade was in diesem jungen Deutschland das tiefste Verständnis bezeugt für die gleichen Gefühle und Gefinnungen sowie für die begründeten Lebensansprüche der anderen Völker. (Beif.) Die Generation dieses jungen Deutschland die in ihrem bisherigen Leben nur Not, Elend und Jammer des eigenen Volkes kennenlernte, hat zu sehr unter dem Wahnsinn gelitten, als daß es beabsichtigen könnte, das Gleiche den anderen zuzufügen. (Sehr richtig! und Beif.) Unser Nationalsozialismus ist ein Prinzip, das uns als Weltanschauung grundsätzlich allgemein verpflichtet. (Bravorufe) Indem wir in grenzenloser Liebe und Treue an unserem eigenen Volkstum hängen, respektieren wir die nationalen Rechte auch der anderen Völker aus dieser selben Gefinnung heraus und möchten aus tiefinnerem Herzen mit ihnen in Frieden und Freundschaft leben. (Lebh. Beifall.)

Wir können daher auch nicht den Begriff des Germanisierens. Die geistige Mentalität des vergangenen Jahrhunderts, aus der heraus man glaubte, vielleicht aus Polen und Franzosen Deutsche machen zu können, ist uns genau so fremd, wie wir uns leidenschaftlich gegen jeden umgekehrten Versuch wenden. (Stürmischer lang anhaltender Beifall.) Wir sehen die europäischen Nationen um uns als gegebene Tatsache. Franzosen, Polen usw. sind unsere Nachbarvölker und wir wissen, daß kein geschichtlich denkbarer Vorgang diese Wirklichkeit ändern könnte. Es wäre ein Glück für die Welt gewesen, wenn im Vertrag von Versailles diese Realitäten auch in Bezug auf Deutschland gewürdigt worden wären. (Erneuter lärm. Beifall.) Denn es müßte das Ziel eines wirklich dauerhaften Vertragsergebnisses sein, nicht Wunden zu reißen oder vorhandene offenzulassen, sondern Wunden zu schließen und zu heilen. Eine überlegte Behandlung der europäischen Probleme hätte damals im Osten ohne weiteres eine Lösung finden können, die den verständlichen Ansprüchen Polens genau so wie den natürlichen Rechten Deutschlands entgegengekommen wäre (Zustimmung). Der Vertrag von Versailles hat diese Lösung nicht gefunden. Dennoch wird keine deutsche Regierung von sich aus den Bruch einer Vereinbarung durchführen, die nicht beseitigt werden kann, ohne durch eine bessere ersetzt zu werden.

Allein dieses Bekenntnis zum Rechtscharakter eines solchen Vertrages kann nur ein allgemeines sein. Nicht nur der Sieger hat den Anspruch auf die ihm darin gegebenen Rechte, sondern auch der Besiegte. (Beifall.) Das Recht aber, eine Revision dieses Vertrages zu fordern, liegt im Vertrage selbst begründet.

Die deutsche Regierung wünscht dabei als Motiv und Maß für ihr Verlangen nichts anderes als die vorliegenden Resultate der bisherigen Erfahrungen sowie die unbefriedigten Erkenntnisse der kritischen und logischen Vernunft. Die Erfahrungen, die in den vierzehn Jahren gemacht worden sind, sind politisch und wirtschaftlich eindeutig. Das Elend der Völker wurde nicht beboben, sondern es hat zugenommen. Die tiefe Wurzel dieses

Der Eindruck im Ausland

Günstige Aufnahme in London und Washington

Washington, 18. Mai.

Der Presseschef Roosevelts erklärte dem hiesigen Vertreter des B.V.: „Sie können sagen, daß der Präsident von Hitlers Eingehen auf seine Vorschläge begeistert war.“

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Bundes senats, der demokratische Senator Pittman, der Amerika neben Hull und Cox auf der Weltwirtschaftskonferenz vertritt, erklärte, die Rede des deutschen Reichskanzlers habe im Bundes senat einen außerordentlich guten Eindruck gemacht. Die nervöse Spannung, die während der letzten Woche hier geherrscht habe, sei mit einem Schlag beseitigt worden.

Senator Wagner betonte, die Rede Hitlers sei eine große staatsmännische Tat gewesen, die Amerika und der übrigen Welt die Politik Deutschlands im so klaren und fairem Licht gezeigt habe, daß an Deutschlands Willen zum Frieden und an Deutschlands Opferwilligkeit zugunsten der Befriedung der Welt kein Zweifel mehr bestehen könne.

Newyork, 18. Mai.

Die Nachmittagspresse bringt die Rede des deutschen Reichskanzlers in großer Aufmerksamkeit mit ganzseitigen

Ueberschriften wie „Hitler bekennt sich zum Frieden“, „Hitler stimmt den Vereinigten Staaten bei“, „Hitler akzeptiert den Antikriegspakt, verlangt aber Waffengleichheit“, „Der Roosevelt-Plan von Hitler unterstützt“. In hiesigen Bankkreisen wird betont, daß die Rede ausgezeichnet gewesen sei, daß sie sehr günstig gewirkt und eine ausgesprochene Entspannung herbeigeführt habe.

London, 18. Mai. (Weiter.)

Der Eindruck der Reichskanzlerrede ist in parlamentarischen Kreisen ausgesprochen günstig. — In Kreisen der Regierung wartet man zunächst den offiziellen Wortlaut ab, begrüßt aber bereits den Ton der Rede. Weiter heißt es, daß die Aufmerksamkeit der Regierung sich nunmehr den Instruktionen zuwenden wird, die dem deutschen Vertreter auf der Abrüstungskonferenz gegeben werden. Man glaubt, daß diese Instruktionen genauere Hinweise über die Politik enthalten werden, die Deutschland in Genuß zu verfolgen beabsichtigt. — Die Ansichten der Opposition und der übrigen öffentlichen Meinung über die Hitlerrede bewegen sich im allgemeinen in der gleichen Richtung.

ot
g
le
ng-
uch
re
pe
mit
ung
N
ten
hal
rt muß eine
erstag, den
pinghauses,
ausaufsch.
resdens
ammlung
Katholischen
e 4.
ngprüfer.
orstandes.
andes, einen
schlagen über
bis zum 28.
Serrn Land-
W., Hanel-
nungsprüfer.
Vorfigender.
öbtau
st
rauen
iftes“
hriftl
den
Drei-
sche 2,
enver-
lhr.
gehören
itung
öffel
elswert
nstr. 15
Gegr. 1879